Rudi Alker

Sprecher AG Kinder und Jugend SPD-Fraktion 18.10.21

**Bericht AG Kinder und Jugend 2019 – 2021**

Unser politisches Handeln im Jugendhilfeausschuss basiert auf folgender Prämisse: Die ersten Jahre im Leben eines Kindes sind entscheidend für die weitere Entwicklung im Leben.

Kinder, Eltern und Jugendliche müssen die größtmögliche Unterstützung bekommen, wenn Hilfe benötigt wird. Kinder sollen in ihrer Entwicklung bedarfsgerecht gefördert, soziale Belastungen im familiären Umfeld reduziert und die Chancen auf Teilhabe erhöht werden.

**Mehr Kitaplätze in den Kommunen**

Ein zentrales Anliegen war und ist, die Regionskommunen darin zu unterstützen, ausreichend genug

Kindergartenplätze zu schaffen. Angesichts des hohen Bedarfs haben wir die Baukostenförderung verdoppelt: Der Zuschuss für Ü3-Plätze wurde auf bis zu 10.000 € pro Platz angehoben. Auch bei der Beschaffung von Containermodulen haben wir kurzfristig reagiert und diese bezuschusst. Die von uns 2015 auf den Weg gebrachten Förderrichtlinien für qualitätsverbessernde Maßnahmen in KiTas sind jetzt noch einmal ergänzt worden.: Innovative zeitgemäße pädagogische Arbeit soll stärker unterstützt und die finanzielle Förderung der Einrichtung von lernanregenden Lernumgebungen ausgeweitet werden. Hierzu gehört neben der Optimierung der räumlichen Bedingungen nun auch die Anschaffung von Tablets bei entsprechenden Konzepten.

**Kinder mit Förderbedarf nicht allein lassen!**

Förderbedarfe sollen nicht erst bei den Schuleingangsuntersuchungen erkannt, sondern

möglichst vorher, damit frühzeitig zielgerichtet gegengesteuert werden kann.

**Stellen für die Sprachförderung aufgestockt:** Auf unsere Initiative sind weitere Stellen geschaffen worden. Die Mittel für dezentrale Sprachförderkräfte haben wir verdoppelt.

**Frühe Hilfen stärken und junge** Eltern unterstützen: Mit dem Projekt „Bin Da! – Gemeinsam

durch das erste Lebensjahr“ haben wir ein Hausbesuchsprogramm für junge Eltern

auf den Weg gebracht. Bis 2023 soll dieses Projekt auf alle 16 Kommunen, für die die Region

zuständig ist, erweitert werden.

**Mediensucht in den Fokus genommen:** Neue Generationen stehen vor neuen Herausforderungen. Aus diesem Grund haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass Projekte zur Bekämpfung von Mediensucht nun auch regulär durch die Region gefördert werden.

**Neues Konzept für die Familien- und Erziehungsberatung**

Wir haben die Grundversorgung für alle 21 Kommunen flächendeckend verstärkt und halten für jede Kommune ein Angebot vor. Dabei wurde der Personalschlüssel um fast 50% aufgestockt und die Fachberatungsstellen in dem neuen Konzept berücksichtigt. Die jährlichen geplanten Mehrausgaben zwischen bis zu 900.000 Euro sind hier gut investiertes Geld für unsere Kinder und Jugendlichen.

**Kindesmissbrauch bekämpfen**

Viele Kinder erleben sexualisierte Gewalt, sie können sich nicht selbst schützen

und sind Missbrauchsabsichten häufig schutzlos ausgeliefert.

Die **Fachberatungsstellen in der Region sind** Anlaufpunkte für Opfer sexueller Gewalt. Wir haben

* diese in die Regelförderung überführt
* Stellen aufgestockt und 25% der Arbeitszeit für präventive Maßnahmen vorgesehen.

KiTas, Grundschulen und Vereine sollen flächendeckend Angebote erhalten, um deren Anliegen, Anzeichen von Kindesmissbrauch zu erkennen und zu handeln, Rechnung zu tragen

**Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungen in der Region Hannover**

Die Beteiligung von Jugendlichen ist ein unerlässlicher Baustein zur Stabilisierung unserer

Demokratie und Bereicherung für unser Gemeinwesen. Die Frage, was wir tun können, um

mehr junge Menschen zu motivieren, für ihre Interessen einzutreten, haben wir intensiv

diskutiert und einen Antrag auf die Eckpfeiler der künftigen Jugendbeteiligung in der Region

Hannover auf den Weg gebracht. Besonders wichtig für uns:

Jugendliche dort einzubinden, wo sie unmittelbar betroffen sind, um ihre Stimme zu hören

und ihr Interesse an der Mitgestaltung in den Kommunen unserer Region zu fördern. Dazu haben

wir beschlossen, dass die Region eine Koordinierungsstelle mit einem eigenen Haushaltsansatz

schafft, um Projekte vor Ort in den Kommunen zu unterstützen bzw. zu initiieren.

**Jugendhilfekostenausgleich**

Die Städte Hannover, Langenhagen, Burgdorf, Laatzen und Lehrte haben ein eigenes Jugendamt.

Laut NKomVG erhalten sie seit dem Start der Region 2001 max. 80% der Personal- und Sachkosten erstattet; auf unsere Initiative ist über die zu erbringende Sonderumlage der Kommunen ohne eigenem Jugendamt mehr Gerechtigkeit geschaffen worden. Ungeachtet dessen haben einige von den Jugendämtern zu erbringenden Leistungen vor 20 Jahren noch gar nicht existiert und werden von dem Kostenausgleich nicht erfasst: Maßnahmen, die aus dem Bundeskinderschutzgesetz von 2012 hervorgehen, die Frühen Hilfen, Projekte gegen Schulverweigerung oder auch die Familienhebammen. Diese müssen von den Städten/Gemeinden mit eigenen Jugendämtern selbst finanziert werden. Hier muss abgewartet werden, wie diese mit dem zunächst bis Ende 2023 geschlossenen Vertrag mit der Region umgehen werden.